



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/142 - 22.6.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Saarbrücken, Bonn und Strassburg	S. 1
Die Kommunisten und der Berliner Aufstand	S. 3
Die Parteienstruktur in Bayern	S. 5
Soziale Marktwirtschaft unter die Lupe genommen	S. 6

RHP 73 Z

Saargebiet will siebentes Schumanplan-Land werden

-xx, Saarbrücken

Die in Saarbrücken erscheinende "Saarländische Volkszeitung", das Organ Saar-Hoffmanns, forderte vor einigen Tagen, dass die Saar nun endlich als siebentes Land in die Montan-Union aufgenommen werde. Zur Begründung meinte sie, dass die Saar-Wirtschaft ohne direkte Zugehörigkeit des sogenannten Saar-Staates zur Montan-Union nicht in den Genuss der von der Hohen Behörde bereitzustellenden Investitionsmittel käme. Dieser Vorstoss wurde ergänzt durch eine Rede, die der SPS-Justizminister der Saarregierung, Dr. Heinz Braun, vor dem Montan-Parlament in Strassburg hielt und in der er verlangte, dass die Schuman-Plan-Behörden nach Saarbrücken verlegt werden. Er meinte, man könne das Gebiet exterritorialisieren und so zum ersten europäischen Land machen. Damit sei dann die leidige Saarfrage für alle Zeit aus der Welt geschafft. Dann entstünden auch keine Schwierigkeiten mehr im Hinblick auf die de jure Anerkennung des Gebildes Saarstaat, wie das jetzt bei allen europäischen Entscheidungen der Fall ist. Als dritter im Bunde hat sich Herr Wenger vom "Rheinischen Merkur" auf dem Kolpingtag in Trier vernehmen lassen, indem er erklärte, die Bundesregierung habe die grosse Chance versäumt, das Saargebiet zu europäisieren und damit den Grundstein für die Vereinigten Staaten von Europa zu legen.

Diese drei Aktionen waren so gut aufeinander abgestimmt, dass ihr Zusammentreffen kein Zufall sein kann. Es muss angenommen werden, dass zwischen Paris, Saarbrücken und den Kreisen in der Bundesrepublik, denen Herr Wenger nahe steht, eine Abmachung getroffen war. Der Zeitpunkt für diese Aktion der Separatisten und ihre Auftraggeber und Freunde ist allerdings denkbar schlecht gewählt. Haben doch gerade Paris und Saarbrücken durch die Unterzeichnung der sogenannten neuen Staatsverträge zwischen Frankreich und dem Saarland bekundet, dass es ihnen nicht mehr um eine gemeinsam mit der deutschen Bundesrepublik zu findende Lösung der Saarfrage geht. Sie haben damit das von der französischen Saarpolitik und von den Saarbrücker Separatisten geborene Schlagwort von der Europäisierung der Saar ad absurdum geführt.

In diesen neuen Verträgen steht trotz aller Verklausulierung der Texte nichts anderes, als dass Frankreich seine politische und wirtschaftliche Macht über die Saar für die nächsten 50 Jahre aufrecht erhalten will. Es ist bei optischen Zugeständnissen in der Sache um keinen Millimeter von seinen Machtpositionen in dem durch einseitigen Besatzungsakt von Deutschland abgetrennten Gebiet zurückgewichen. Nun, nachdem die Texte der am 10. Mai in Paris unterzeichneten Verträge vorliegen, zeigt sich, dass von echter Autonomie und von echten Zugeständnissen nicht gesprochen werden kann. Es besteht im Gegenteil der fatale Eindruck, dass die Reformen ähnlicher Art sind wie diejenigen, die Frankreich in Tunis, Marokko und Indochina durchzuführen gedenkt. Der junge König von Kambodscha hat wegen der Methode des Quai d'Orsay aus Protest sein Land verlassen, bei Johannes Hoffmann und seinen Getreuen in Saarbrücken ist Ähnliches nicht zu fürchten.

In der Tat: schon eine flüchtige Überprüfung der Texte der neuen Staatsverträge zeigt, dass sich nicht viel ändern wird. Die einseitige politische und wirtschaftliche Bindung an Frankreich bleibt bestehen und wo in kleinen Dingen gewisse Kompetenzen in die Saarbrücker Ministerien verlegt wurden, gelangten sie in die Hände von Leuten, die in ihren Entscheidungen voraussichtlich französischer sein werden als die Franzosen. Es wird wahrscheinlich noch eine sehr lange Zeit vergehen, bis diese neuen Verträge ratifiziert werden und bis dahin bleibt ohnehin alles beim alten. Angesichts dieser neuen Situation noch einmal den alten Versuch aufzuwärmen, dem separatistischen Saar-Regime auf dem Umwege über die Mitgliedschaft in kleineuropäischen Institutionen die heisse ersehnte Anerkennung zu verschaffen, erfordert einen zweifelhaften Mut. Ein solcher Versuch zeigt eine erschreckende Skrupellosigkeit gegenüber dem Gedanken einer wahren Verständigung der europäischen Völker und eines wirklichen Zusammenschlusses der europäischen Nationen.

Wiener Kommunisten beschimpfen Berliner Arbeiter

Wir lesen in der Wiener "Arbeiter-Zeitung":

Die Vorgänge der letzten Tage in Ost-Berlin haben in der ganzen Welt, sie haben insbesondere unter den österreichischen Arbeitern ein stürmisches Echo gefunden. Die täuschende Lockerung der kommunistischen Diktatur hat die Hoffnungen des geknebelten Volkes geweckt. Die Versprechungen der Ulbricht und Grotewohl haben den Freiheitswillen der ostdeutschen Arbeiter herausgefordert. Die Protestaktion der Berliner Bauarbeiter gegen die erhöhten Arbeitsnormen, das heisst gegen verstärkte Antreiberei und Ausbeutung, hat den Stein ins Rollen gebracht. Die Welt hat mit bewunderndem Staunen gesehen, wie die Arbeiter gegen die kommunistische Herrschaft, wie das Volk gegen die Volksdemokratie aufgestanden ist.

Die Antwort war - die Geschütze der russischen Panzer, die Knüppel und Schüsse der kommunistischen Volkspolizei, russische Maschinengewehrsalven, Standrecht und verstärkter Terror. Man weiss noch nicht, wieviel Opfer er gekostet hat. Man schaudert bei dem Gedanken, was jetzt in den ostdeutschen Polizeistuben und Gefängnissen vorgeht. "Ihr seid ja ärger als die SS!" haben ostdeutsche Arbeiter an einer Stelle den kommunistischen Polizeibütteln zugerufen. Gestern ist der erste Berliner Arbeiter nach dem Urteil eines russischen Militärgerichtes standrechtlich hingerichtet worden.

Die österreichischen Arbeiter haben mit zitternder Erregung die Nachrichten aus Ost-Berlin vernommen. Sie blicken mit Stolz auf ihre kämpfenden Genossen, mit leidenschaftlicher Anteilnahme auf den Freiheitskampf der Berliner Arbeiter gegen eine grausame Gewaltherrschaft. Sie wissen: es ist auch unser Kampf, den die Berliner Arbeiter führen.

Und da kommen ihnen die Zeitungen der österreichischen Kommunisten zu Gesicht, die die Kämpfer gegen das kommunistische Terrorregime, die Opfer der russischen Panzer und Standgerichte, die Berliner Arbeiter als "amerikanische Agenten" bezeichnen, als "Abschaum der Großstadt", "Strizzis und Pülcher", "Plünderer", "Halbweittfiguren", "Lumpenpack" und "Gosindel" beschimpfen, als "zweifelhafte Elemente, die man sonst nicht in Arbeitergewändern, sondern in den Gigoloanzügen nach neuester amerikanischer Mode zu sehen pflegt".

Und diese Niederträchtigen finden es nicht nur verständlich, dass die demonstrierenden Berliner Arbeiter von russischen Tanks zusammengeschossen wurden, sie finden das ganz in Ordnung. Sie sind geradezu darüber entzückt, dass die Russen und die Kommunisten in Ost-Berlin Arbeiterblut vergossen haben.

Wahrlich, mit dieser Schamlosigkeit sondergleichen ist die Entlarvung der russischen Agenten in Österreich als Feinde der Arbeiter, als Feinde des Freiheitskampfes vollständig. Aber man muss auch sagen: mit dieser Schimpforgie gegen die kämpfenden und blutenden Arbeiter von Berlin ist das Mass voll. Die österreichischen Arbeiter werden jeden Kommunisten für diese Niedertracht seiner Wortführer verantwortlich machen. Den kommunistischen Presselumpen und ihren Spiessgesellen wird die Beschimpfung der Berliner Arbeiter nicht vergessen werden!

Den ostdeutschen Arbeitern fühlen sich die österreichischen in Solidarität verbunden. Ihren österreichischen Verleumdern bieten sie Trotz und tiefste Verachtung.

+ + +

Bayern vor der Wahl

Rw., München

Wenn man von Berlin in seiner besonderen Lage absieht, so ist Bayern zweifelsohne das deutsche Land, das nicht nur aus Tradition und geschichtlicher Überlieferung gerne seine Eigenstaatlichkeit betont, sondern überdies über eine eigene politische Struktur verfügt, deren wesentlichen Kennzeichen unverkennbar auf die Zeit vor dem Krieg, ja sogar vor dem ersten Weltkrieg zurückgehen.

Diese Sonderheit muss man sich vor Augen halten, wenn man nicht nur die besonderen bayerischen Parteien, sondern vor allem die überall vorhandene Tendenz feststellt, den bayerischen "Freistaat" eben doch als eine eigenständige staatliche Einheit anzusehen. Hierin sind sich mit Ausnahme der Kommunisten und der FDP, so ziemlich alle politischen Strömungen einig. Daher kann es denn auch nicht wunder nehmen, dass dieser Tage auf verschiedenen Parteitagen der Landesparteien die Stellungnahme zur bevorstehenden Bundeswahl stets mit der Einschränkung behandelt wurde, für den innerbayerischen Gebrauch sei das Verhältnis der Parteien zueinander völlig anders als in der Arena, in der der grosse Kampf um Adenauers Vertragspolitik ausge-

fochten wird.

Dies bedeutet allerdings nicht unbedingt die Aufgabe von Gegensätzen. Die bayerische Ausgabe der CDU legte auf ihrem Landesparteitag sichtlich Wert darauf, die SPD als Koalitionspartner im Lande nicht zu brüskieren. Ein Symptom für das Vorherrschen dieser Stimmung war denn auch die Wiederwahl des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard als Landesvorsitzenden. Aus guten Gründen verzichtete man auf eine Wahlkoalition mit der Bayernpartei - der die CSU unter anderem auch kulturpolitischen Liberalismus vorwirft - und einigte sich dennoch darauf, "in Gebieten mit starker SPD-Wählerschaft" lokale Bündnisse mit der Bayernpartei zuzulassen. Eine starke SPD ist unerwünscht, und dies, obwohl die CSU sich nicht nur im Namen und vor allem in der soziologischen Struktur von der CDU unterscheidet, sondern auch mitunter leichte Tendenzen zeigt, in Adenauers aussenpolitischem Programm einige Zweifel zu hegen.

Bei den sogenannten "Wahlschöffen" der Bayernpartei hörte man dafür seitens des Vorsitzenden des Landesausschusses Dr. Benno Graf stark "europäische" Töne mit dem sichtlichen Bestreben, einerseits das "Ja" für Adenauers Vertragspolitik und andererseits eine gewisse Reserve gegenüber der Remilitarisierung, die sie nach sich ziehen muss, zu rechtfertigen. Im übrigen benutzte man die Gelegenheit, um wieder einmal recht stark zu betonen, dass man Bayernpartei sein und bleiben wolle; nicht einmal eine Fraktionsgemeinschaft käme nach den Wahlen mit der CSU/CDU in Frage. Diese selbstbewusste Stellungnahme ist durch die Erfahrung bedingt, dass Versuche von ausgesprochen klerikaler Seite, die Bayernpartei, sozusagen in ihre Bestandteile zu zerlegen und "wünschenswerte" Elemente aus ihrer Mitte der CSU einzuverleiben, nicht gelungen sind.

Die Bayernpartei gehört zu jenen politischen Gebilden, die mehr gefühlsmässig bodenständig als politisch-programmatisch zu sein versuchen und sich dabei derzeit in ihrer, nicht allzu beschwerlichen, Oppositionsstellung im bayerischen Landtag ziemlich wohlfühlt und auf alle Fälle gegenüber der bayerischen CSU das Selbstbewusstsein an den Tag legt, nicht "auflösbar" zu sein.

Die bayerische Landesorganisation der Sozialdemokratie hält ihre Landeskonferenz erst am 26. Juni in Weiden^{ab} und wird auf dieser Tagung natürlich in keiner Weise die sozialdemokratische Bundespolitik, über die man sich auch in Bayern einig ist, in Frage stellen. Zur bayerischen Politik aber hat der Landesvorsitzende von Knöringen bereits auf einer Bezirkstagung unterstrichen, dass die Bundeswahl die Koalition im bayerischen Landtag weder stören noch in ihrer Zielsetzung ändern werden.

+

+

+

- 6 -

Nach fünf Jahren

Bemerkungen zu einem "Jubiläum"

(sp) Fast hätten wir vergessen, dass am 20. Juni 1953 die Deutsche Mark fünf Jahre alt geworden war. Wir hätten es fast vergessen, weil wir in den fünf Jahren vieles andere zu denken und zu sorgen hatten und weil wir uns gerade jetzt sehr ernste Gedanken darüber machen müssen, mit welcher Art Wahlgesetz der deutsche Wähler im September dieses Jahres sein Urteil über die vier Jahre der Regierung Adenauer und über die fünf Jahre der "Sozialen Marktwirtschaft" des Wirtschaftsministers Erhard abgeben darf. Die Regierung Adenauer und der Minister Erhard halten ihre Leistungen für so überzeugend grossartig, dass sie sich durch ein manipuliertes Wahlgesetz, das die Glückschance korrigiert, die Dankbarkeit des deutschen Wählers sichern wollen.

Herr Erhard kündigte kürzlich "Die zweite Periode der Sozialen Marktwirtschaft" an, die "im Zeichen der europäischen Integration und damit der Mahnung des Wohlstandes aller" stehen werde. Der Aufblähung der öffentlichen Haushalte müsse Einhalt geboten werden "und darum muss der Staat aus unternehmungswirtschaftlichen Aufgaben, aber auch aus anderen privaten Lebensbereichen" zurückgedrängt werden. Der Wohlfahrtsstaat bringe den Menschen nur Vermassung, Armut, Unordnung und sklavische Abhängigkeit: "Freiheit und Sicherheit werden wir nur dann zurückerlangen, wenn auch der letzte Ruf nach materieller Hilfe des Staates einmal verhallt sein wird". Das ist ein Programm. In Hannover hatte Dr. Ehlers nach ähnlichen Auslassungen von Professor Erhard von "Wirtschaftsdogmen" und "falschen Freiheitsideen" gesprochen und nicht verstehen können, dass manche Leute glauben, aus dem "Krankheitsbild" des 19. Jahrhunderts das 20. Jahrhundert gestalten zu können. Der Bundeswirtschaftsminister und der Bundestagspräsident gehören derselben Partei (CDU) an; ihre so zum Ausdruck gekommene Meinungsverschiedenheit lässt es schon besser verstehen, dass Dr. Adenauer das Wahlglück mit einem entsprechenden Wahlgesetz verbessern möchte.

Mit welchen Erfolgen kann die sogenannte "Soziale Marktwirtschaft" nach fünf Jahren aufwarten? Mit unbändigem Stolz wird von 1,7 Millionen neuen Arbeitsplätzen berichtet; das sind 340 000 im Jahresdurchschnitt. Aber das Pendel der Arbeitslosigkeit schlägt seither Jahr und Jahr wild aus zwischen rund 1,2 Millionen Niedrigstand und rund 2 Millionen Höchststand. Die Kosten der gesamten Lebenshaltung sind

nach einem Rückgang seit 1950 zurzeit fast wieder so hoch, wie sie Ende 1948 mit überhöhten Knappheitspreisen gewesen waren. Diese Tatsache spricht umso stärker gegen die Erhardsche Marktwirtschaft, als der Produktionsindex der gesamten Industrie im Jahre 1953 rund dreimal so hoch steht wie am Tage der Währungsreform, wobei allerdings zu bemerken ist, dass die entsprechenden Indexzahlen von 1948 nicht die in die Hortung gegangenen Erzeugnisse nachweisen. Erst seit dem Jahresende 1952 schliesst sich mit abfallendem Trend die seit Ende 1952 weit offene Schere zwischen dem Index der Investitionsgüterindustrie und dem der Verbrauchsgüterindustrie, die aber bereits schon wieder Neigung zeigt, sich zu öffnen.

Minister Erhard will wieder den Grundsatz zur Geltung bringen, dass "jeder arbeitende Mensch ohne gnädige Hilfe des Staates und ohne in seine Abhängigkeit zu geraten, seine materielle Existenz und die Vorsorge für seine Zukunft aus eigener Kraft und Leistung heraus sicherzustellen in der Lage sein soll". In der Praxis sieht dieser Grundsatz nach einer Untersuchung des Sozialministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen so aus: Die vierköpfige Indexfamilie braucht als Existenzminimum monatlich 345 M, was ein Bruttoeinkommen von rund 400 M voraussetzt. Im Bundesland Nordrhein-Westfalen, in dem die höchsten Löhne Westdeutschlands überhaupt gezahlt werden, haben 46.5 Prozent der Arbeiter weniger als 300 M brutto, 22.5 Prozent haben weniger als 358 M brutto, 26 Prozent haben als Facharbeiter bis zu 480 M und lediglich 5 Prozent aller Arbeiter verdienen 500 M und mehr per Monat. Und hierbei handelt es sich lediglich um die "arbeitenden Menschen", von denen Herr Erhard sprach, und nicht um jene Unglücklichen, die in seinem Wirtschaftssystem nie Arbeit gefunden haben und nie finden werden.

Mit einer einzigen - seiner eigenen - Stimme Mehrheit konnte Konrad Adenauer im Jahre 1949 Bundeskanzler werden und die Regierung der Bundesrepublik zusammenstellen. Im Jahre 1953 will er sich von vornherein eine grössere Mehrheit mit einem Wahlgesetz sichern, das den Willen der Wähler verfälscht und der Demokratie Hohn spricht. Er würde sich kaum auf diese Weise bloßstellen, wie er es mit diesem Wahlgesetzentwurf tut, wenn er mit der Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes zu der Politik seiner Regierung - und ein wesentliches Stück davon ist die Wirtschaftspolitik Prof. Erhards - rechnen könnte. Darin liegt der beste Beweis dafür, dass die massgebenden Männer der Bundesregierung selbst nicht von der Anziehungskraft ihrer Politik überzeugt sind, von der sie nach aussen so volltönend sprechen.